

## **Konflikt über Sterbedaten eskaliert**

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde und das Aktive Museum streiten über das Namentliche Gedenken

WIESBADEN. Nur für einen Moment schien es so, als hätte sich die Debatte über angebliche Fehler auf dem Mahnmal für die ermordeten Wiesbadener Juden in der vergangenen Woche erledigt. Denn immerhin hatte Jacob Gutmark, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, mitgeteilt, dass auch er den eingravierten Sterbedaten zugestimmt habe und sie nach wie vor für vertretbar halte.

Tatsächlich ist die Auseinandersetzung nun aber in voller Schärfe entbrannt. Es geht um das Namentliche Gedenken. Damit erinnert die Stadt Wiesbaden seit einem halben Jahr auf dem Michelsberg an 1507 jüdische Mitbürger, die zwischen 1933 und 1945 von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Ihre Namen sind mit Geburts- und Todesjahr sowie dem Sterbeort in ein Band aus Basaltstein eingraviert, das sich in Augenhöhe des Betrachters durch das 62 Meter lange Mahnmal zieht und abends beleuchtet wird.

Die Paul-Lazarus-Stiftung, ein Ableger des Aktiven Museums Spiegelgasse, moniert nun, dass für zahlreiche im Vernichtungslager Sobibor umgebrachte Wiesbadener Juden das Jahr 1945 als Todesjahr angegeben sei. Tatsächlich seien sie aber schon umgekommen, als Sobibor im Jahr 1943 dem Erdboden gleichgemacht worden sei. Darum seien die Sterbedaten auf etwa 300 Steinen falsch. Sie müssten unbedingt ausgetauscht werden.

Ingrid Roberts, die Leiterin des Kulturamts, sagte, dass die für das Namensband zuständige Arbeitsgruppe der Stadt sich an dem Verfahren orientiert habe, das auch die Gedenkstätte Yad Vashem anwende. Wenn das Datum des Todes unbekannt sei, werde 1945 genannt, das Jahr der Befreiung vom Nationalsozialismus. Auch Gutmark wies auf die Praxis der Gedenkstätte in Israel hin. In einem Interview mit dem "Wiesbadener Kurier" erläuterte er, dass das Schicksal der Juden, die 1942 nach Sobibor gebracht werden sollten, nicht immer restlos geklärt sei. Der Transport habe unterwegs in Lublin haltgemacht. Wie viele der Deportierten von dort aus in andere Lager oder tatsächlich nach Sobibor gebracht worden seien, lasse sich nicht mehr klären. Darum sei es vertretbar, in diesen Fällen 1945 als Todesjahr anzugeben.

Gutmark meinte außerdem, dass Vertreter des Aktiven Museums Spiegelgasse doch dabei gewesen seien, als in der Arbeitsgruppe der Stadt über die Namensliste gesprochen worden sei. Warum sie nun den Austausch von mehreren hundert Steinen forderten, verstehe er nicht. Er zitierte außerdem eine Überlebende des Holocaust. Sie habe die aktuelle Kritik als "Akribie" bezeichnet, "die an frühere Buchhaltung erinnert".

Das Aktive Museum Spiegelgasse ist ein Förderverein zur Aufarbeitung der deutsch-jüdischen Geschichte. Die von ihm gegründete Paul-Lazarus-Stiftung wertet die umfangreichen Nachlässe aus. Zu den Aufgaben gehöre auch die Forderung, "die falschen Einträge im Namensband" zu ändern, heißt es jetzt in einer schriftlichen Reaktion, die der Stiftungsvorsitzende Karlheinz Schneider und der Ehrenvorsitzende des Aktiven Museums, Lothar Bembenek, unterzeichneten. Sie fühlen sich nach eigenem Bekunden ausschließlich der unabhängigen historischen Forschung verpflichtet. Die Vorgehensweise der Gedenkstätte Yad Vashem halten sie nicht für maßgeblich. Schneider und Bembenek führen das Beispiel eines kleinen Jungen an, der am 10. Juni 1942 zusammen mit seinen Eltern nach Sobibor deportiert worden sei. "Als historisch gesichert gilt heute, dass diese Familie wenige Tage

später im Gas von Sobibor ermordet wurde." Damals sei das Kind kaum älter als zwölf Monate gewesen. Auf dem Namensband stünden aber die Daten 1941-1945.

Wenn Verwandte der Opfer die Forderung erhöhen, solche falschen Daten zu korrigieren, müsse man diesen Wunsch respektieren, äußern Schneider und Bembenek. Sie meinen Gutmark, wenn sie herausstellen, dass niemand das Recht habe, sich aus der Verantwortung zu stehlen. "Worauf sollte eine solche Anmaßung gründen?" Das Aktive Museum und die Stiftung würden sich noch lange mit der Rekonstruktion der Daten beschäftigen, kündigen deren Vertreter an. Das seien sie den Nachfahren der Opfer schuldig. "Deren Gefühle haben wir nicht zu beurteilen und erst recht nicht als ‚Akririe‘ zu verurteilen."

Gutmark, der sich als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde wohl eher selten über den richtigen Umgang mit den Nachfahren von NS-Opfern belehren lassen muss, war gestern nicht zu erreichen. Er hält sich in Israel auf. In Wiesbaden denkt derweil Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel (CDU) darüber nach, wie er die heikle Angelegenheit aus der Welt schafft. Er steht vor einer diplomatischen Herausforderung: "Wir brauchen eine gemeinsame Lösung."

EWALD HETRODT

Text: F.A.Z., 19.07.2011, Nr. 165 / Seite 41